

Interessen und der deutschen politischen Strategien in dieser Situation, um die Frage also, inwieweit die Deutschen sich im wesentlichen situativ verhalten haben, oder inwieweit deutsche Politik tatsächlich gestaltet hat. Wir haben eine Reihe von offenen Fragen, eine Reihe von Problemen, mit denen sich die deutsche und die internationale Politik auseinandersetzen mußten, genannt, die Frage des Zeitrahmens, in dem die Vereinigung durchgeführt werden sollte, die Frage der Bündniszugehörigkeit, die Frage der Oder-Neiße-Grenze, aber eben doch auch die Frage des militärischen Gewichts des vereinigten Deutschland. Dies sind Fragen, die bereits angeklungen sind, die wir jetzt zu vertiefen haben.

Wir haben mit den Gesprächspartnern, die jetzt zu Wort kommen, unmittelbare Mitakteure am Podium. Da ist einmal der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Seiters; ich brauche ihn hier in diesem Kreis nicht vorzustellen. Des weiteren der hier noch bekanntere damalige Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, heute Obmann der SPD dieser Enquete-Kommission. Des weiteren Herr Poppe, der nicht nur am Runden Tisch gesessen hat, sondern auch in der Regierung Modrow zeitweilig Minister ohne Geschäftsbereich gewesen ist. Und schließlich Herr Irmer, wenn ich das richtig weiß, damals Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und außenpolitischer Sprecher der F.D.P. Ich darf zunächst Herrn Seiters um seine Ausführungen bitten.

Rudolf Seiters, MdB: Meine Herren Vorsitzenden, meine Damen und Herren. Es ist sicherlich etwas schwierig, am Ende eines solchen Sitzungstages, wo wichtige Zeitzeugen und Wissenschaftler das Thema unter den verschiedenen Aspekten ausgeleuchtet haben, nun noch einmal zu versuchen, aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland zusammenzufassen. Das werden sicherlich keine neuen Daten und Fakten sein, aber vielleicht interessiert ja doch die Einschätzung, die jemand wie ich heute zu diesen Fragen hat.

Wenn man die Politik der Bundesrepublik Deutschland im Vereinigungsprozess unter dem Gesichtspunkt der Handlungsfreiräume – also unter einem wesentlichen außenpolitischen Gesichtspunkt – zu resümieren versucht, so ist es hilfreich, sich zunächst noch einmal die Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der Deutschlandpolitik in den Jahren zuvor zu vergegenwärtigen.

Das entscheidende Rahmendatum jeder Deutschlandpolitik seit 1949 war die Dominanz der internationalen Beziehungen. Die Teilung Deutschlands als unmittelbare Folge und als geographisches Zentrum des Ost-West-Konfliktes bedeutete, daß die Situation an der Trennlinie der beiden Blöcke, das Verhältnis der beiden Teilstaaten zueinander und damit auch jede Veränderung dieser Gegebenheiten unmittelbar das Ost-West-Verhältnis in Europa und insbesondere die Interessen der beiden Großmächte berührte.

Das bedeutete keineswegs, daß es nicht auch eigenständige Gestaltungsmöglichkeit für die deutschen Akteure im Ost-West-Konflikt gab: Sie konnten – mehr oder weniger – dazu beitragen, daß Spannungen sich verschärften oder verringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die

ringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die Menschen einschneidender oder erträglicher waren – keine unwichtigen Handlungsspielräume, wenn man etwa an die Gestaltung des innerdeutschen Grenzregimes durch die DDR-Organen denkt.

Natürlich stellte sich die Frage nach Handlungsfreiräumen auf Seiten des westlichen Bündnisses auf wesentlich andere Weise dar als im sowjetisch dominierten Warschauer Pakt. Wir alle kennen den entscheidenden Unterschied – dies hat auch in den Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa 1990 eine entscheidende Rolle gespielt: die Dominanz der Sowjetunion und ihrer Satellitenregime über die Staaten Mittel- und Osteuropas war eine erzwungene, die von den betroffenen Völkern abgelehnt und in verschiedenen Aufstandsversuchen bekämpft wurde, während die westliche Allianz unter Führung der USA und unter Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland ein freiwilliges Bündnis ist, das auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen der beteiligten Völker beruht. Wenn also von „Handlungsfreiräumen“ die Rede ist, so muß man diesen grundlegenden Unterschied in beiden Bündnisssystemen vor Augen haben. Richtig ist gleichwohl, daß jegliche Deutschlandpolitik in ihren Grundzügen Teil und Funktion der Ost-West-Beziehungen insgesamt war und von ihnen ihre Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten erhielt.

Seit der ersten Wende im Ost-West-Konflikt – der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1958/62 – war die Ostpolitik des westlichen Bündnisses von dem Interesse geleitet, krisenhafte Zuspitzungen zu vermeiden und durch Konsultationsmechanismen und Rüstungskontrolle einen Abbau der Ost-West-Spannungen zu erreichen, auch um den Preis der einstweiligen Hinnahme der Teilung Deutschlands und Europas.

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik mußte sich diesen Gegebenheiten anpassen und tat es in den bekannten Etappen vom späten Adenauer mit seinen Modus-Vivendi-Angeboten an die UdSSR bei gleichzeitigen menschlichen Erleichterungen für die DDR-Einwohner, über die Regierungen Erhard und Kiesinger bis hin zur Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition und schließlich der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher.

Dabei erhielt die Vertragspolitik mit den kommunistisch regierten östlichen Nachbarstaaten und mit der DDR ihren jeweiligen politischen Stellenwert durch die Gesamtkonzeption, in die sie eingebunden war. Man darf hier daher nicht ohne weiteres geradlinige Kontinuitäten annehmen.

Das Dilemma dieser Politik bestand bis an die Schwelle der revolutionären Ereignisse von 1989/90 darin, daß die Bundesrepublik am Ziel der Überwindung des Status quo, also der Verwirklichung der Selbstbestimmung der Deutschen, festhalten mußte und wollte – bis in die 80er Jahre hinein im Einvernehmen der demokratischen Kräfte –, daß es aber gleichzeitig bis 1989 keine realistische Chance gab, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Vielmehr mußte die